

BEVKi-Vorstand

Bundeselternsprecher_innen

Sabrina Jungenkrüger (Bremen)
Katharina Queisser (Berlin)
Danilo Fischbach (Brandenburg)
Ulrike Grosse-Röthig (Thüringen)

Ihr Ansprechpartner:

Ulrike Grosse-Röthig
E-Mail: ulrike.grosse-roethig@bevki.de
Tel: 0176/24178864

21. März 2020

Nicht nur Banken brauchen einen Rettungsschirm, Eltern unterstützen ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit

Als Sofortmaßnahme brauchen wir Eltern eine **bundesfinanzierte „Corona-Freistellung“** zur Kinderbetreuung analog den Regelungen im Infektionsschutzgesetz. Eine **flächendeckende Übernahme der Gebühren** ist das Gebot der Stunde. Keine langen Anträge, keine aufwändigen Verfahren, **konkrete Hilfe jetzt**.

Am 16. März 2020 wurden in Deutschland sämtliche Schulen und Kindertageseinrichtungen geschlossen um der Ausbreitung des Corona-Virus zu begegnen. Seitdem leben und erleben Familien den nie gekannten Ausnahmezustand.

Kinder jeden Alters müssen zuhause betreut und beschult werden; der Arbeitsplatz ist akut gefährdet, weil Anwesenheit wegen der notwendigen Kinderbetreuung nicht sichergestellt werden kann; im Homeoffice werden trotz allem gleiche Arbeitnehmerleistungen erwartet, wie im Büro sonst droht die Kündigung.

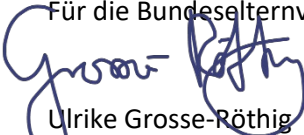
Millionen Eltern stehen vor der Frage, wie lange sie mit noch vorhandenen Urlaubstagen die Betreuung absichern können und ab wann die unbezahlte Freistellung vom Arbeitsplatz nötig sein wird um die Zukunft dieses Landes zu betreuen. Ab wann Kreditraten nicht mehr bedient werden können und notwendige Ausgaben nicht mehr möglich sind.

Wie lange dieser Zustand der massiven Einkommenseinbußen andauern wird, kann heute niemand zuverlässig vorhersagen. Gleichwohl brauchen Eltern JETZT eine bundeseinheitliche Lösung.

Erste Bundesländer haben sich entschlossen, als Sofortmaßnahme die noch immer anfallenden Gebühren zu übernehmen um nicht noch zusätzliche Belastungen aufzuerlegen.

Wie sehr Eltern der Motor unserer Wirtschaft sind, zeigt sich jetzt. Durch den Wegfall der Betreuungsmöglichkeiten gerät das Land an den Rand des wirtschaftlichen Kollaps. Eltern dürfen wirtschaftlich nicht soweit geschwächt werden, dass dieser Motor Deutschlands ins Stocken gerät. Vor einem Jahrzehnt mussten Banken gestützt werden um das Land nicht ins Wanken zu bringen, heute sind es die Eltern, deren Fallen verhindert werden muss um Deutschland als wirtschaftlich starkes Land zu erhalten. Familienförderung ist Wirtschaftsförderung.

Für die Bundeselternvertretung



Ulrike Grosse-Röthig
Bundessprecherin